

Verantwortliche Redaktionen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

10 Pfennig

Dienstag

22. Februar 1927

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Dorothea-Verlag GmbH,
Berlin SW 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 293

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Grausamkeiten in Schanghai.

Stelthafte Sprache der englischen Jingo-Presse.

London, 22. Februar. (W.B.) Alle Blätter veröffentlichen ausführliche Meldungen über die Massenhinrichtungen in den Straßen der Chinestadt von Schanghai. Überall seien die abgeschlagenen Köpfe hingerichteter Studenten und Streikposten in Kässen und auf Pfählen zur Schau gestellt. Der Korrespondent der „Daily Mail“ sagt, die Politik des Entschlusses habe sich als wirksamstes Gegenmittel gegen das Streikfever (1) erwiesen, wenn auch die Aussicht auf Befreiung der Stadt durch die Kantonesen erwarten lasse, daß die Wirkung nicht dauernd sein und daß es wahrscheinlich nach Befreiung der Stadt zu wilden Repräsentationen kommen werde.

Dem Schanghai-Korrespondenten der „Times“ zufolge hat der bisherige Verlauf des Streikes bewiesen, daß die kommunistische Organisation vorzüglich ist, sowohl in der Geschlossenheit der Aktion, die sich eher gegen Sunhsuanfang als gegen die Engländer richtete, als auch in der Schnelligkeit, mit der der Schlag fiel, und in der Herrschaft über die Massen.

Die barbarische und zynische Sprache des „Daily Mail“-Korrespondent ist typisch für die Mentalität der Chinabriten. Anstatt ihre Abscheu vor der grausamen Methode zu bekunden, mit der General Sun die nationale Bewegung zu unterdrücken versucht, erwägen die britischen Repräsentanten des bisherigen Zustandes ganz kühl und geschäftsmäßig die Vorzüge und die Nachteile jener Massenhinrichtung von Streikposten; vorläufig sehr wirksam, wegen der späteren Rückwirkungen aber gefährlich!

Dabei hätten es die englischen Behörden zweifellos in der Hand, diesen Grausamkeiten ein Ende zu machen, obwohl sie sich außerhalb der internationalen Konzeption abspielen. Denn die Henker stehen ja mehr oder minder in ihren Diensten. General Sun ist letzten Endes ein Exponent des britischen Imperialismus. Er verteidigt Schanghai gegen den Vormarsch der Kanton-Armee nicht im Interesse des chinesischen Volkes, sondern im Sinne der Anreizverträge, deren Aufrechterhaltung nur den Großmächten nützen kann. Ein energisches Wort der englischen Behörden — und die Sunhsuanfangs Grausamkeiten würden aufhören. Aber die Schanghai-Briten denken anscheinend nicht daran, dieses Wort auszusprechen. Sie verschämen sich hinter die Fiktion der „Nichteinmischung“ zwischen den rivalisierenden chinesischen Kräften — und lassen gewähren. Der Ton des „Daily Mail“-Vertreters zeigt sogar deutlich, daß diese Barbarei auf sie zunächst sympathisch und beruhigend wirkt, wenn auch die Sorge vor der nächsten Zukunft umso größer ist.

Diese Sorge ist wohl begründet. Denn, indem sich die Briten indirekt mitschuldig an diesen Massenhinrichtungen machen, rufen sie eine ungeheure Erbitterung der chinesischen Massen gegen sich selber hervor. Der Durchschnittschinese, der von fremden und eigenen Kapitalisten ausgebeutete Kuli vermag nicht zwischen Sun und Loder-Campson zu unterscheiden; er durchschaut instinktiv die Heuchelei jener Parole der „Nichteinmischung“, die eine dauernde Parteinarbeit zugunsten der Segner Kantons darstellt. Und wenn — wie es sogar der „Daily Mail“-Vertreter durchblicken läßt — der Tag kommt, an dem die Kanton-Armee Schanghai erobert, dann wird der Jorn der Massen nicht vor der internationalen Konzeption halt machen. Dann wird vielleicht die Londoner Lloyd-Gesellschaft, die alles versichert, was überhaupt mit Geld geschätzt werden kann, es ablehnen, Versicherungsprämien auf das Leben der Engländer in China anzunehmen.

Amerika soll in China selbständig vorgehen.

Eine Entschliebung des Abgeordnetenhauses.

Washington, 22. Februar. (W.B.) Das Repräsentantenhaus hat mit 259 gegen 44 Stimmen eine Entschliebung angenommen, in der Coolidge aufgefordert wird, unabhängig von den anderen Staaten mit China in Verhandlungen einzutreten. Die Entschliebung wird dem Senat übermittelt werden.

Chamberlain über den neuen Hankau-Vertrag.

London, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Arbeiterpartei ließ den englischen Außenminister am Montag zu dem Abschluß des Hankau-Vertrags beglückwünschen. Chamberlain betonte bei dieser Gelegenheit, daß die nach China entsandten englischen Truppen ausschließlich polizeilichen Charakter ausübten und lediglich das Leben englischer Bürger schützen sollten. Im übrigen gab der englische Außenminister der Erwartung Ausdruck, daß eine gleiche Regelung wie in Hankau nunmehr auch für Schanghai und Peking zustande komme.

Der Vertrag von Hankau läuft praktisch auf eine Schwächung des englischen Einflusses hinaus. Die Verwaltung der englischen Konzession in Hankau wird am 15. März aufgelöst und formell einer neuen chinesischen Verwaltung übergeben. In Zukunft werden die chinesischen Bürger in der englischen Konzession von Hankau die gleichen Rechte genießen wie die englischen Bürger.

Reichswehr für etwaige Bürgerkriege Munition liefert!

— in Deutschland eine neue Revolution machen, ausgegeben werden muß. Die KPD. kämpft im Fall der Sowjetgranaten nicht sowohl für Rußland wie um die Grundlagen ihrer eigenen Existenz, und sie weiß schon jetzt, daß sie diesen Kampf verloren hat. Mag sie durch Niederknüpfung der Opposition im eigenen Lager ihre Organisation auch noch längere Zeit aufrechterhalten können, so ist doch dem Traum von der Revolution mit russischer Hilfe ein furchtbares Erwachen gefolgt. Die Partei hat damit aufgehört zu sein, was sie war.

Eine Zweckmeldung.

Stimmungsmache gegen linksstehende Beamte.

Breslau, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Durch das Wolff-Bureau wird merkwürdigerweise eine deutsch-nationale Anfrage im Preussischen Landtag verbreitet, in der behauptet wird, zum Nachfolger des gegenwärtigen Oberpräsidenten von Niederschlesien sei der Magdeburger Polizeipräsident Genosse Dr. Wenzel aussersehen. Die Anfrage beabsichtigt offensichtlich nur Stimmungsmache gegen diesen, den schlesischen Deutschnationalen aus seiner früheren Tätigkeit besonders verhassten linksstehenden Beamten und gleichzeitig gegen den fehlgen Sozialdemokratischen Oberpräsidenten Genossen Zimmer. Da sich dieser bester Gesundheit erfreut, ist die ganze Anfrage nur als ein haltloses Gerücht zu bezeichnen.

Das Paradies der Schwerverbrecher.

In die Vergangenheit der Faschistenführer darf nicht hineingeleuchtet werden.

Aus Rom wird uns berichtet: Der Generalstaatsanwalt am Kassationsgerichtshof hat an alle lokalen Gerichtsbehörden ein streng vertrauliches Rundschreiben gerichtet, in dem er verfügt, daß jedermann, ohne Ansehen der Person, die Einsicht in die bei den Gerichtsarchiven liegenden Dokumente verboten ist, die sich auf frühere Straftaten beziehen. Er erklärt dabei ausdrücklich, daß hierdurch die Wiederaufnahme früherer Strafverfahren gegen faschistische Führer verhindert werden soll. Es ist allgemein bekannt, daß viele von diesen wegen gemeiner Verbrechen, vom Diebstahl bis zum betrügerischen Bankrott verurteilt sind. Der Führer des Mailänder Faschismus, Giampoli, z. B. ist wegen Teilnahme an einem bewaffneten Raubüberfall verurteilt.

Eine gewonnene Schlacht.

Die Bedeutung der Dresdner Vereinbarung.

J. St. Dresden, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Vereinbarung für die Leipziger Metallindustrie, die gestern nach langwierigen Verhandlungen in Dresden abgeschlossen wurde, ist nicht nur von entscheidender Bedeutung für die sächsische Metallindustrie, sondern für die Arbeitszeitregelung in Deutschland überhaupt. In unserer heutigen Morgenausgabe haben wir bereits den materiellen Inhalt der Vereinbarung wiedergegeben. Zur Ergänzung ist es notwendig, noch einiges hinzuzufügen. In der Vereinbarung ist scharf umrissen, unter welchen Voraussetzungen Ueberstunden bis 51 Stunden und Ueberstunden über 51 Stunden geleistet werden dürfen. Dabei ist festzuhalten, daß der Charakter der Ueberstunden nicht nur von den unbedingt erforderlichen Notwendigkeiten, die nachgewiesen werden müssen, abhängt, nicht nur von der technischen Unmöglichkeit, Neueinstellungen vorzunehmen, sondern auch von einem prozentualen Zuschlag, der für die ersten drei Stunden in der Woche 10 Proz. und dann ansteigend 25 bis 50 Proz. beträgt.

Damit ist nicht nur eine Garantie geschaffen gegen den Mißbrauch, den heute viele Unternehmer aus purer Bequemlichkeit mit der Anordnung von Ueberstunden treiben, es ist auch sozusagen nach außen hin der Charakter der Ueberstunden kenntlich gemacht und da für die Leistung von Ueberstunden ein nicht unerheblicher Zuschlag bezahlt werden muß, besteht also für die Unternehmer ein gewisser Anreiz, Ueberstunden nach Möglichkeit zu vermeiden. Dieser Anreiz ist um so größer, weil nach aller Erfahrung bei verlängerter Arbeitszeit die Leistung zurückgeht. Ist also das materielle Ergebnis des Kampfes in der sächsischen Metallindustrie erfreulich und durchaus befriedigend, so ist das Ergebnis in seiner symptomatischen und moralischen Auswirkung noch viel höher einzuschätzen.

Um zu einer richtigen Einschätzung des Kampfes um den Achtstundentag vor Augen führen. In Deutschland ist der Achtstundentag abgebaut worden nach dem Zusammenbruch der Weimarer Republik Ende 1923. Damals vertraten die Unternehmer den Standpunkt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Aufrechterhaltung des Achtstundentages, des „schematischen“ Achtstundentages nicht gestatteten. Diese Behauptung war angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die damals herrschte, zum mindesten sehr gewagt. Richtig war, daß infolge der kurzsichtigen wirtschaftlichen Politik der Unternehmer, die während der Inflation nur auf eine Anhäufung von Sachwerten bedacht war, die deutsche Industrie technisch außerordentlich in Rückstand gekommen war.

Die wirtschaftliche Umstellung, die sogenannte Rationalisierung, war zu einer gebieterischen Notwendigkeit geworden. Die Unternehmer versuchten aber, dieser Notwendigkeit auszuweichen, indem sie, nachdem die Stabilisierung die Verschleuderung der deutschen Erzeugnisse im Auslande zu Dumpingpreisen unmöglich gemacht hatte, den technischen Vorsprung des Auslandes durch die Verlängerung der Arbeitszeit wettzumachen suchten. Dieser Versuch mißlang. Die deutsche Industrie war gezwungen, zur Rationalisierung überzugehen. Diese Rationalisierung hatte u. a. zur Folge, daß die Produktivität der deutschen Industrie insgesamt, wie die Leistung des Arbeiters im einzelnen außerordentlich gesteigert wurde. Infolge der Inflation waren die Löhne der deutschen Arbeiterklasse so heruntergekommen, daß die Gewerkschaften zunächst alle Kräfte daransetzten, um diese Löhne wieder auf ein erträgliches Maß heraufzubringen. Da durch war der Kampf um die Arbeitszeit notwendig in den Hintergrund getreten.

Als vor etwa Jahresfrist die Rationalisierung in einzelnen Industrien soweit fortgeschritten war, daß ihre Auswirkungen sichtbar zu werden begannen und vor allem in einer schnell anwachsenden Arbeitslosigkeit sich Geltung verschafften, da setzte der Gewerkschaftskampf um die Wiederherstellung des Achtstundentages wieder ein. Dieser Kampf ließ jedoch auf außerordentliche Schwierigkeiten. Einerseits waren die Löhne immer noch so niedrig, daß für die Arbeiterschaft der natürliche Anreiz bestand, durch Leistung von Ueberstunden ihre Löhne zu erhöhen. Dazu kam der Druck der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die die Arbeiterschaft fürchten ließ, daß sie bei Verweigerung der Leistung von Ueberstunden entlassen werden könnte. Diese Umstände haben den Unternehmern ihre kurzsichtige Machtpolitik außerordentlich erleichtert.

Diese Machtpolitik, die durchaus mit wirtschaftlicher Einsicht nichts zu tun hat, die in diesem Falle in direktem Gegensatz zu den wirtschaftlichen Notwendigkeiten sich geltend machte, hatte sich zum Ziel gesetzt, den Achtstundentag für alle Zukunft nicht wieder einzuführen.

Die Schlichtungsinstanzen unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums waren dieser Machtpolitik entgegengekommen oder hatten sich ihr gebeugt, so daß Schlichtungsfälle gefüllt wurden, die den Achtstundentag immer mehr zu einem leeren Buchstaben werden ließen. Immer mehr hatten es die Unternehmer ganz offen in ihrer Hand, den Achtstundentag, ja selbst den Neunstundentag und, wie in der Braunkohlenindustrie, die Zwölfstundenschicht anzuordnen, ohne daß die Arbeiterschaft irgendein Machtmittel in der Hand gehabt hätte, dagegen wirksamen Einspruch

Die Sowjetgranaten in Stettin.

Verzweigungssprünge der „Roten Fahne“.

Die beharrlichen Abkündungsversuche der Kommunisten haben den Genossen Künzler veranlaßt, selber nach Stettin zu fahren und dort noch einmal festzustellen, was alle Welt ohnehin schon wußte, nämlich, daß im Herbst vorigen Jahres große Mengen aus Rußland kommender Artilleriemunition in Stettin für die Reichswehr ausgeladen worden sind. Seine mit Einzelheiten belegten Darstellungen müßten auch den letzten Zweifel an dem Sachverhalt erlösen.

Trotzdem versucht die „Rote Fahne“, in Zweifel zu ziehen, was Künzler in seinen Gesprächen mit Stettiner Hafenarbeitern noch einmal festgestellt hat. Zunächst möchte sie gern einen Widerspruch in der Darstellung konstruieren, indem sie darauf hinweist, daß der nicht vollgeladene „Artushof“ nur 2000 Tonnen saßt, während 3000 Tonnen ausgeladen wurden — sie muß aber selbst einsehen, daß sich diese Ziffer auf die Gesamtausladung, nicht auf dieses Schiff allein bezieht.

Sodann veröffentlicht sie eine Erklärung der kommunistischen Hafenbetriebsräte Schwellenbühn und Holz, daß auch ihnen „Gerüchte zu Ohren gekommen, daß über den Stettiner Hafen Munitionstransporte gegangen seien“, daß aber „über die Herkunft der angeblichen (!) Munitionstransporte nichts festgestellt worden“ sei. Diese Behauptungen wollen also weder überhaupt von den Munitionstransporten etwas wissen, noch davon, woher sie kamen.

Dagegen steht die Aussage der Hafenarbeiter, die die Munition gesehen haben und denen die Seeleute vom „Artushof“ gelangt hatten, daß die Transporte aus Leninograd gekommen seien.

Die „Rote Fahne“ läßt schließlich fort, der Sozialdemokratie zu unterstellen, sie wolle durch ihre Enthüllungen Rußland in seinem gegenwärtigen Konflikt mit England und Frankreich, sie treibe „Kriegsbegeisterung gegen Sowjetrußland“. Inzwischen dürften aber selbst die Leser der „Roten Fahne“ begriffen haben, daß sich die Sozialdemokratie an keiner Sorte von „Kriegsbegeisterung“ beteiligen darf, für die konterrevolutionäre englische Regierung die Kastanien aus dem Feuer zu holen, und daß ihr Ziel ein ganz anderes ist. Sie will den Arbeitern zeigen, daß die Grundlage des deutschen Kommunismus zertrümmert ist und daß die Hoffnung, man könne mit Hilfe Rußlands — desselben Rußlands, das der

zu erheben. Diese Schiedsprüche wurden für verbindlich erklärt, wodurch den Gewerkschaften die regelrechte Führung des Kampfes unmöglich gemacht wurde. Hier ist zu bemerken, daß die Unternehmer, wenn sie einen für verbindlich erklärten Schiedspruch nicht anerkennen wollen, es viel leichter haben, sich dagegen zu wehren. Der Arbeiter kann dann wohl im einzelnen bis zum Reichsgericht Klage führen, die Gewerkschaften als solche haben jedoch juristisch kein Mittel in der Hand, die kollektiven Ansprüche der Arbeiterschaft gegen die Unternehmerorganisation zu verfechten. Diese juristische Ungleichheit, die zwar nicht formal, aber tatsächlich besteht, mußte zu einer untrüglichen Spannung führen.

Die Unternehmer haben mit Hilfe des Reichsarbeitsministeriums schließlich den Bogen überspannt. An der Spitze der Unternehmer steht wieder, wie so oft, der Gesamtverband der Metallindustrie Deutschlands. Dieser Stoßtrupp der Unternehmer versuchte, den Kampf in Leipzig, der zunächst nur durchaus lokale Bedeutung hatte, zu einem großen Machtkampf, zu einer großen Entscheidungsschlacht um den Achtstundentag auszuweihen. Der Gesamtverband der Metallindustriellen Deutschlands, war es, der den sächsischen Metallindustriellen jenen für die Unternehmer verhängnisvollen Ansperrungsbefehl ausstieß, der nunmehr zu einer Niederlage für die Unternehmer geführt hat. Die Situation in der sächsischen Metallindustrie ist für die Unternehmer gegenwärtig zur Führung eines Kampfes, durchaus nicht günstig. Die Unternehmer haben genaue Lieferlisten eingehalten. Es kommt hinzu, daß wir vor der Leipziger Frühjahrsmesse stehen. Wenn die Unternehmer nicht rechtzeitig ihre Lieferungen für die Frühjahrsmesse einhalten können, und selbst nicht mit ihren eigenen Fabrikaten, die da zur Ausstellung gelangen sollen, rechtzeitig fertig werden, so würde das eine ungeheure wirtschaftliche Schädigung bedeuten, die zu ertragen die meisten Unternehmer aber nicht imstande wären.

Diese Umstände wurden noch verstärkt durch den ungeheuren Druck der Mehrheitsmeinung, der infolge der außerordentlichen Arbeitslosigkeit besteht. 2 1/2 Millionen Arbeitslose sollen der Doffentlichkeit zur Last und wärien vergebens auf Arbeit. Angesichts dieser Katastrophe auf Lebensstunden zu bestehen und einen Machtkampf für die Leistung von Lebensstunden herbeizuführen, war eine moralische Unmöglichkeit. Nur die brutale Kurzsichtigkeit der Metallindustriellen konnte einen solchen Machtkampf heraufbeschwören. Dieser Machtkampf ist nun ungunstigen der Unternehmer entschieden worden. Die deutsche Arbeiterklasse, wie die deutschen Unternehmer haben daraus ihre Lehren zu ziehen. Es geht heute nicht mehr anders, als mit der Anerkennung des Achtstundentages, und zwar nicht nur mit einem Lippenbekenntnis, mit einer Anerkennung, die auf dem Papier steht, sondern mit der tatsächlichen und praktischen Wiederherstellung des Achtstundentages. Die erste Schlacht um den Achtstundentag ist gewonnen. Es ist nicht die letzte. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, jetzt ihre Kräfte zu sammeln, um auch den Endkampf um den Achtstundentag zu gewinnen.

Herr, ich habe gesündigt...

Lindeiner-Wildau siegt über Pommern.

Als der völkisch-nationale Graef-Füringen, der schon als Minister für Gerechtigkeit ausgerufen war, plötzlich auf Einspruch von Marx in der Versenkung verschwinden mußte, erhob das völkisch-nationale Hauptorgan der Provinz, die „Pommersche Tagespost“, gegen ihren Parteifreund, den Abg. v. Lindeiner-Wildau, den Vorwurf, daß er durch Ruffenschieberei den Sturz Graef's herbeigeführt habe, wahrscheinlich, um selbst Minister werden zu können.

Diese freundschaftlichen Anpassungen bezeichnet Lindeiner für Verleumdungen und kündigte Strafantrag gegen sein Parteifreund in Pommern an. Jetzt sieht sich nun die „Pommersche

Tagespost“ genötigt, öffentlich zu erklären, daß ihre „Andeutungen auf unrichtigen Informationen beruhten und daß sonach kein Anlaß bestand, Vorwürfe dieser Art gegen Herrn v. Lindeiner zu erheben. Wir behauern deshalb die Veröffentlichung dieser Artiz und nehmen die in ihr enthaltenen Formirte in aller Form zurück.“

Damit ist Lindeiner zufrieden. Er hat den Strafantrag infolge dessen zurückgenommen, so daß zunächst keine Möglichkeit besteht, in öffentlicher Gerichtsverhandlung die Geheimnisse völkisch-nationaler Ministerfabrikation zu beleuchten. Aber daß die Herrschaften sich gegenseitig derartige Ruffenschiebungen überhaupt zutrauen, ist schon bezeichnend genug.

„Der polnische Ochs.“

Aus dem Vorkesselanlagen der völkischen Politik.

Nach Reventlow, Rube und Ahlmann sind jetzt auch die Abgeordneten Stoehr und Fritsch aus der völkisch-politischen Freiheitspartei ausgeschieden. Damit kehrt aber die Krise bei den Völkischen, wie einer ihrer Prominenten, Jürgen v. Ramin, im „Deutschen Tageblatt“ andeutet, noch nicht beendet zu sein. Er tut deshalb das, was alle Völkischen mit Vorliebe tun. Er beschimpft und verächtigt seine Freunde von Gestern. Er wirft den Kollegen von der Hitlerfraktion u. a. vor, absichtlich den Spaltspitz in die völkische Bewegung getragen zu haben und bemerkt dazu:

Das Verfahren war sicher im nationalsozialistischen Sinne zweckmäßig. Ob es vornehm und deutsch war, das ist eine andere Frage. In dieser Zeit wurde ich von Nationalsozialisten, weil man Ludendorff für den Hört der Einheit hielt, mit dem Titel „Ludendorffsönne“ ausgezeichnet. Später soll ich dann nach Ansicht der Nationalsozialisten Ludendorff verraten haben. In diese Zeit fiel auch ein Vorstoß Herrn Dinter gegen Ludendorff, wobei ein Versammlungsteilnehmer den Feldherrn mit dem gemeinen Schimpfwort „der polnische Ochs“ belegte. In dieser Zeit hielt Herr Esser eine Rede, in der er sagte, die Bayern hätten keine Lust, in einem „Großpreußen“ aufzugehen.

Es soll eine Zeit gegeben haben, in der die Mannen um Hitler und Dinter kurz vor einer gewissen Szene an der Feldherrnhalle in München bereit waren, sich vom „polnischen Ochs“ freigleich gegen Frankreich führen zu lassen. Aber das ist lange her und mangels anderer Objekte liegt man sich vorläufig nach urgermanischer Art gegenseitig in den Haaren.

Das heißt, nur billiglich. Denn sobald die Sache brenzlich wird, sieht alles wieder ganz anders aus. Da war vor einiger Zeit der Mißstämpe des Herrn v. Ramin, Major a. D. Henning, begünstigt worden, der Bistolenforderung eines Korvettenkapitäns sehr ungermanisch aus dem Wege gegangen zu sein. Im „Femstern“, dem Blatte des „Bundes der Guten“, hatte das schwarz auf weiß gestanden. Major a. D. Henning hatte darauf in der bei den Völkischen bevorzugten Art geantwortet und damit gedroht, die Mitglieder des „Bundes der Guten“ aus dem Nationalverband deutscher Offiziere ausschließen zu lassen.

Ob das geschehen ist, ist unbekannt geblieben. Aber etwas anderes hat sich inzwischen herausgestellt. Der „Femstern“ behauptet nämlich, daß sich Herr Jürgen v. Ramin auf dieselbe Weise wie sein Freund Henning, einer schweren Forderung entzogen habe und daß er im Zusammenhang mit dieser Affäre es sogar vorgezogen hätte, aus dem Nationalverband deutscher Offiziere auszuschließen. Peinliche Feststellungen für die völkisch-politische Freiheitspartei! Bei solchen Führern wird man wohl noch ein Weilchen mit der Befreiung Deutschlands vom inneren und äußeren Feinde warten müssen.

Schlesische Bauerntagung.

Gegen die Vorherrschaft des Landbundes. — Bauernforderungen.

In Breslau tagte am Sonntag der Bauerntag des Schlesischen Bauernbundes. Durch die Teilnahme einer Reihe von Abgeordneten und Bauernführern, die zum Teil auch aus anderen Teilen des Reiches gekommen waren, wurde diese Tagung zu einer machtvollen Rundgebung der Bewegung der

Klein- und Mittelbauern, die neuerdings mit großer Energie ihre Selbständigkeit gegenüber dem vom Großgrundbesitz geführten Landbund durchsetzt.

Als erster Redner umriss der Vorsitzende des Schlesischen Bauernbundes, Hermann-Joeschendorf, die dringlichsten Forderungen der kleineren und mittleren schlesischen Bauern. Er verlangte Reform der Einkommensteuer in der Weise, daß die mitarbeitenden Familienmitglieder des Bauern nicht ungünstiger gestellt seien als angeworbene Arbeiter. In der Siedlungsfrage dürfe die Siedlung nicht durch Konkurrenz der Instanzen die Bodenpreise übermäßig in die Höhe schrauben und außerdem nicht lebensunfähige Zwergsiedlungen schaffen. Jollabbau könnten die Bauern nur dann unterstützen, wenn er auch für die Industrie durchgeführt werde. Die Bewegung der Böden zum besten Wert werde durch die überhöhten Grunderwerbssteuern gehemmt, an deren Stelle lieber eine harte Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses treten solle. Der Redner verlangte weiterhin, daß die Arbeitslosenversicherung bei der Belastung der Landwirtschaft die leistungsfähigen Großbetriebe anders behandle als die ohnehin schon wirtschaftlich stark bedrückten Kleinbetriebe und daß die Vernachlässigung in der Schulbildung der Landbevölkerung ausgeglichen werde.

Der Landbund habe die Landwirtschaft dadurch geschädigt, daß er ein großes Geschäft auch in solchen Zeiten und in solchen Fragen erhebe, in denen das durchaus nicht notwendig wäre.

Als zweiter Redner sprach der Bauerngutsbesitzer Hillebrand-Hemmerdorf, der u. a. ausführte, daß für die bäuerlichen Betriebe die Jollabbau der Großagrarier keineswegs passe, wenn sie auch nicht jeden Jollabbau entbehren könnten. Siedlungspolitik allein helfe nicht bei Ablehnung jeder handelspolitischen Sicherung, Jollabbau andererseits aber nicht, wenn durch mangelnde Siedlungspolitik den Bauern die Ausnutzung der Jollabbau Vorteile genommen werde. In der Frage der polnischen Landarbeiter ständen die Bauern Seite an Seite mit den deutschen Landarbeitern, da auch sie eine Vermehrung der deutschen Erwerbslosen nicht wünschen könnten.

Unter den Abgeordneten sprach als erster Redner Reichstagspräsident Genosse Cöbe, der die selbständige Bauernbewegung und ihre Befreiung von der Bevormundung durch die Junker begrüßte. Nicht allen vorgebrachten Forderungen könne er als Sozialdemokrat zustimmen. So werde die Sozialdemokratie in der Aufwertungsfrage auch die Rechte der Enteigneten gegenüber den Wünschen der kleineren Besitzer wahrnehmen müssen. In der Siedlungsfrage könne er volle Unterstützung der Wünsche zusichern, besonders auch, soweit sie die Anliegerstellung betreffen. Im Reichstag werde jetzt ein neuer Siedlungsausschuß gebildet, der sich nur mit ländlichen Fragen zu beschäftigen habe. In der Roggenzollfrage könne er es nicht billigen, wenn der auf deutschem Boden für das deutsche Volk benötigte Roggen in diesem Jahre nicht voll produziert worden sei und dann trotz dem der ausländische Roggen durch Aufrechterhaltung der hohen Zölle verteuert würde. Er hoffe aber, daß die deutschen Bauern bis zum Termin der Roggenzollermäßigung ihren Roggenüberschuß bereits verkaufen könnten, so daß die Preisermäßigung im wesentlichen den Auslandsroggen treffen würde. Volle Unterstützung könne er dagegen den vorgebrachten steuerpolitischen Wünschen zusagen.

Eine Reihe von Entschlüsseungen im Sinne der bäuerlichen Redner fand einstimmige Annahme.

Preussischer Landtag.

Zu Beginn der Beratungen des Preussischen Landtags wurde der Einspruch des kommunistischen Abg. Kellermann gegen seinen Ausschluß zurückgewiesen.

Das Haus trat dann in die 3. Beratung der Gewerbesteuer für 1927 ein.

Verstaatlichung städtischer Polizei. Wie verlautet, wird demnächst die Polizeiverwaltung in nachstehenden Städten verstaatlicht werden: Lüft, Elbing, Schneidemühl, Ratibor, Merseburg, Hamborn, Harburg, Münster, Hagen, Hamm, Duisburg, Krefeld und W.-Siobdack. Die Ernennung von Polizeipräsidenten für eine Anzahl dieser Städte wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Maison des Enfants.

Wie die Zeitungen melden, hat der Reichsaussenminister, Herr Stresemann, seinen Erholungsurlaub in dem italienischen San Remo abgebrochen, um nach dem französischen Cap d'Antibes überzusiedeln.

Es wird Herrn Stresemann gefallen auf Cap d'Antibes. Dem fällt es dort nicht gefallen? Wie ein leichtgeträumter Finger streckt die blühende Riviera die Halbinsel des Cap d'Antibes in die blauen, von weißen Schaumkrone leicht gewellten Wasser des Mittelmeeres; zwischen hügeligen Ufern hier und dort ein paar trübsige, rotbraune Felsen, an denen die Wellen spielerisch herausspringen und schaumig wieder hinunterplätschern. Die vielfach sich windenden Wege am Meer entlang und die breite, weiße Straße quer durch die Halbinsel vom Grand Hotel du Cap nach dem hinten an der Buchst. liegenden Städtchen Antibes, gesäumt von Villen und Schlössern, meist nur teilweise sichtbar hinter wucherndem Grün und leuchtenden Blüten-Rauben. Wie üppig gedeiht hier alles: Palmen und Eufolien, Lorbeergehäule und Wälder von hausmäßigem, schwankendem Rohr, Zitronen- und Orangenbäumchen, hohe Kiefer und Korkeichen, Buchen mit rottem und grünem Laub! Und wie blüht es in den Bäumen und Büschen und auf den Boscettis zwischen fastigem Rosen-Rambain, Pfirsiche und Aprikosen leuchten mit Weiß und Rosa durch die Büsche. Rosenranken und -knospen, Blumen aller Art und aller Farben singen vom Frühling im Februar... Und dann biegt man von der breiten, weißen Straße ab und steigt auf gewundenem Wege empor zur Höhe La Caroupe, auf der neben einer alten Wallfahrtskapelle steil auf ein schlanter Beckenturm ragt. Wie weit und schön schimmern hier Meer und Küste! Halbmond das sonnenreflektierte Wasser bis zum unendlichen Horizont. Zur Rechten und Linken die weiße Küste des Azurlandes mit ihren blinkenden Villen und Bäderhäusern im dämmernden Grün. Dort unten, hundert in praller Mittagssonne, der bunte Markt der Stadt Antibes mit seinem romantischen Kai, der winkelt und steil in das Wasser fällt. Und ganz weit hinten am Horizont, bläulich und weiß verschwimmend, die Kette der Seealpen... Ja, wem sollte es nicht gefallen auf der Halbinsel von Cap d'Antibes.

Nicht nur Franzosen, auch viele Ausländer haben sich hier angeheißelt und weiteten mit luxuriösen Landhäusern und Schlössern, bald breit und behäbig, bald lapzig und spielerisch, mit kostbaren Park- und Gartenanlagen, in denen Natur und Kunst sich zu immer neuem Zauber vereinen. Aber kein Bau wirkt so wichtig und einträglich, kein Park so vornehm und reizvoll, wie der seiner Bestimmung rechts der Straße vom Grand Hotel nach Antibes, an dessen Eingangspforte die Worte zu lesen sind: „Maison des Enfants“. Das breite Portal zwischen den Steinernen, von Rosen und anderen Schlingengewächsen überrotteten Umfassungsmauern läßt den Blick zunächst auf weite, lichte Rosenflächen fallen, die von blumenbedeckten, breiten und geraden Kieswegen durchschnitten werden und in kunstvollen Gruppen zierliche Büsche und Bäume zwischen Beeten prangender Blütenstauden zeigen. Hinter diesem weiten Parkvorhof dann das Haus... Haus? Nein, Schloß, und mehr als Schloß. Noch neu, aus weißgrauen Quadern gefügt, von dunklen Bäumen umragt, steht dieser Bau so wichtig und monumental in der Land-

schaft, als könne es gar nicht anders sein. Breit, gradlinig, in wundernoll gegliederten Mäßen flankieren zwei Seitentürme den etwas höheren und vorspringenden Mittelbau, ebenso stark und grade in seinen Linien und ohne allen unnötigen Zierat. Man schäuen die breiten, gradlinigen Fenster aus dem Grau der Steine. Und über das flache Dach winken die Gipfel herrlichen, alten Baumbestandes herüber. Vornehme Ruhe über dem allen. Nur ein Gärtner arbeitet vorn an einem Blumenbeet, und ein aufgerichteter Schlauch spritzt freudig funkelnde Wasserperlen über den Rasen. Wer dieses Haus mit seinem weiten Vorhof jemals sah, der wird es kaum wieder vergessen.

Aber — — „Maison des Enfants“, „Haus der Kinder“? Wie erklärt sich dieser Name? Unmöglich handelt es sich doch bei diesem, von üppigstem Reichtum zeugenden, in tiefster Ruhe liegenden Bau um ein Heim für kleine Menschenkinder. Wie sonst aber kam das Haus zu seinem Namen? Die Frage läßt dem Betrachter keine Ruhe.

Eine kurze Raft im Pavillon, der vorn auf der äußersten Spitze der Halbinsel über den Felsen schwebt, gibt willkommene Gelegenheit zu fragen. Der Kellner berichtet: Ein Amerikaner, einer der Reichsten von „Drüben“, baute sich jenes Schloß. Und wohnt nun einjam, ganz allein in seinen äppigen Räumen. Denn die Söhne, die er hatte, fielen im Weltkrieg. Ihnen zur Erinnerung — nur zur Erinnerung — nannte er seinen Besitz: „Maison des Enfants“.

Wenn Sie, Herr Stresemann, in diesen Tagen die breite, weiße Straße vom Grand Hotel nach Antibes entlang wandeln oder mit Ihrem Auto entlang fahren, wird Ihr Auge auch immer wieder dieses Haus treffen. Vielleicht werden auch Sie sich dann wundern über das Schloß, das am Eingang zu lesen ist. Versäumen Sie nicht, sich nach der Ursache zu erkundigen, die diesem Hause ihren Namen gab. Und erzählen Sie das, was man Ihnen antwortet, auch Ihren Kollegen, den Diplomaten, die aus anderen Ländern kommen, wie den Freunden, die Sie aus Deutschland besuchen, jenen vor allem, die durch die neue Regierungskoalition Ihre politischen Stützen und Helfer geworden sind. Und vergessen Sie nie, daß dort ein herrlicher, gemaltiger Prunkbau steht, in dem einsam ein alter Mann wohnt, immer nur träumend von dem, was einst sein Stolz war, und was ihm der menschenmordende Krieg entriß. Ja, vergessen Sie nie, was dieses einzigartige Haus in all seiner Schönheit und Pracht ist: Eine erschütternde Anklage gegen den Wahnsinn des Krieges, gegen den Wahnsinn einer Diplomatie, die immer noch glaubt, durch Blut und Zerstörung die Probleme der Völkerverhältnisse lösen zu können.

S. Kestriepte.

Städtische Oper: „Der Blü.“ Der Franzose Halévy hat einmal mit der „Jüdin“, 1835, Theaterglück gehabt. Dann überholte, aber zum Pöbel, verdrängte ihn der größere Jude Reuberger, den er zwar imitierte, doch nicht erreichen konnte. Unter den vielen belanglosen, der Unterhaltung gewidmeten und einer schnellen Feder entlassenen Opern aber sind ein paar prächtige, famose, die mit der Eleganz der Schriftart eine besondere Phantasie der melodischen Erfindung paaren. Es sind Zwischenstufen zwischen tonischer Oper und Operette, auch zwischen musikalischen Dramen und verfeinerter Volksoper, die bis heute ihre Nachahmer findet, ohne eine rechte Stellung zu erobern. Wenn sie so fröhlich musiziert werden, wie es

der „Blü“ von Halévy zeigt, so bekommt auch schnell Vergänglicheres eine momentan erhöhte Lebensstellung. Ist die Musik von tieferem Niveau, so wird man sich des Zwiepatts zwischen Liebesarie und Coupet in ein und derselben Partitur schneller bewußt. Auch bei Halévy ist dieses traffe Nebeneinander von Ernst und Possé, Ernst und Oberflächlichkeit nicht bewegend. Verhältnißlich stimmt die Sauberkeit, die Brillanz der Gesangsstellen, der melodische Duft. Wenn der „Blü“ nicht einschlägt, so trägt der Text große Schuld. Ein wahrhaft bequemes Stück. Zwei Männer, zwei Frauen. Aristokratische Einheit des Raumes. Der Wetter aus Dingsda kommt zu seinen Cousins, deren eine er heiraten soll. Er sucht sich Henriette aus. Da führt ein Unglück Yvonne, den Seesoldaten, ins Haus. Sein Boot ist gefentert, der Blü hat ihn blind gemacht. Henriette pflegt ihn. Als er durch ärztliche Kunst sehend gemacht ist, wirbt er um die falsche Frau. Der Vater, Philosoph aus Oxford, entscheidet sich für die andere, Yvonne für die eine, der Philosoph wieder für keine, dann die eine oder die andere. Wir folgen diesem Unsinne mit einem Mangel an Spannung und Interesse, der einer großen Oper würdig wäre. Das Ende wissen wir drei Akte lang voraus und glauben gar nicht erst an die hysterische Blindheit des unglücklich Verblendeten. Man erzählt sich, daß diese Oper ihre Entstehung einer Witte verdankte. Halévy wollte beweisen, daß man mit vier Menschen einen langen Opernabend füllen kann. Ich möchte wissen, daß dieser Opernabend seinen vierter Winter überleben kann. Trotz der hübschen Musik. Den lustigen Wetter, die spielerische Erquickung des Stücks, gab Wilhelm Gombert sehr witzig, flott und anregend, rotte Schöne sich ihre weiche, schmelzende Stimme den Liebesliedern der allzu süßen Henriette. Frau Pfahl-Wallerstein leidet an der Enge ihres Soprans und an einer konventionellen Steifheit ihrer Bewegungen. Sie sollte sich vor allem ihren linken Arm gefentert machen lassen (oder eingipfen). Sehr bläß ist der Tenor von Marjan Majcen. Friedrich Schramm gab der allzu symmetrischen Oper die Inszenierung der Symmetrie, doch mit kleinen Pointierungen ins Burleske hinein. Wieviel er kann, wird er an stärkeren Aufgaben erweisen müssen. Frih Zweig öffnete, wenn auch nicht alle, so doch ein paar Schreusen freundlicher Heiterkeit.

Staffelnschlacht auf der Bühne. Im Teatro San Carlo in Rom, in dem Verdis „Aida“ aufgeführt werden sollte, entfiel zwischen Statisten, die die Hilfsstruppen des Rhadames darstellten, und solchen, die die gefangenen Nubier spielten, denar der Vorhang in die Höhe ging, ein Sireil, weil die Darsteller der Nubier Truppen sich über die Bestiegen lustig machten. Diese gerieten in Zorn, und einer von ihnen verwardete mit der Spitze seiner Lanze einen von der Truppe des Rhadames an der Rechten. Es entstand ein großer Tumult, wobei ein Pferd, das auf der Bühne war, scheu wurde. Durch einen Hufschlag des Pferdes wurde ein zweiter Darsteller verwundet.

Carl Zeller hielt heute abend 8 1/2 Uhr im Viktoria-Saal ein unerschütterliches Reden (Kuß der Reichsleiter, Deutsche Revolution, Revolution, Dramatische Szenen und aus dem Schauspielbuch). Neben an der Abendkette. Für organisierte Arbeiter und jugendliche sind Karten für 80 Pf. (einkl. Steuer) zu haben.

Das Deutsche Theater brannteliet an einem der nächsten Sonntage eine Gedenkfesler für Agnes Berna.

Amnestiedebatte im Rechtsauschuß. Sozialdemokratische Kritik am Reichsgericht.

Der Rechtsauschuß des Reichstages beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Frage einer politischen Amnestie. Genosse Kurt Rosenfeld trat namens der sozialdemokratischen Fraktion an der Hand eines umfangreichen Materials für eine umfassende politische Amnestie ein. Er begründete, daß die Reichsregierung die von ihr selbst und die von den Kommunisten gemachten, so verschiedenen Angaben über die Zahl der jetzt noch vorhandenen politischen Gefangenen nachprüfen wolle. Es müsse aber zunächst Übereinstimmung darüber herbeigeführt werden, in welchen Fällen politische Delikte anzunehmen seien. Nur dann würde sich eine einmündige Statistik ergeben.

Eine neue Amnestie sei von Reich wegen schon deshalb notwendig, weil die Hindenburg-Amnestie in manchen Einzelländern nicht die Nachsicht erfahren hat, die der Reichstag erwartete.

Als er sich bei der Reichsamnestie auf die durch Urteil des Reichsgerichtes beschränkte. Baden und Preußen seien nach den Wünschen des Reichstages gefolgt. Thüringen aber z. B. habe eine sehr viel engere Amnestie erlassen. Die damalige Landesregierung und Landtagsmehrheit des inzwischen geschickten Ordnungsbundes habe wieder in Fällen des Landesverrats noch bei den sogenannten Gewaltdelikten Amnestie gewährt. Das Reich müsse in Thüringen Remedur schaffen. Auch die unzureichende Gnadenspraxis der Reichsregierung und des Reichspräsidenten mache eine neue Amnestie notwendig. Bei der Anrechnung der durch die letzte Amnestie gewährten zweijährigen Strafmäßigung werde zu wenig Rücksicht auf die Beurteilten genommen.

Schließlich müsse die unzulässige Rechtsprechung des Reichsgerichts in Fällen des Hoch- und Landesverrats eine Amnestie zur Folge haben.

Das Reichsgericht verurteilte Kommunisten wegen Handlungen aus den letzten Jahren immer noch so, als ob es sich um das Jahr 1923 handele. Wie weitfern sei das Reichsgericht, wenn es zum Beispiel in einem Urteil zum Beweise für die immer noch hochverräterischen Pläne der Kommunisten darauf hinweise, daß sie in der Ausführung der Parlamentsarbeit der Verfassung selbst entgegenwirkten. Die Mitglieder des Ausschusses könnten das besser beurteilen als der Reichstag. Gerade die Mitarbeit der Kommunisten im Rechtsauschuß lasse ihre Wandlung seit den Zeiten, da sie die Reichstagsverhandlungen zu stören suchten, klar erkennen.

Genosse Rosenfeld (fortfahrend): Nur die Rücksicht auf die beschränkte Zeit des Ausschusses und des Plenums hindere seine Freunde, Hunderte und Tausende von Fehlgriffen deutscher Justiz vorzutragen. Wenn immer weiter bestritten werde, daß eine allgemeine Kritik an der deutschen Justiz berechtigt sei, dann werde man schließlich einmal einen Untersuchungsausschuß zur Untersuchung der gesamten deutschen Justiz einbringen müssen. Genosse Rosenfeld warnte vor einer glatten Ablehnung aller Amnestieanträge und schloß mit einem Appell an die bürgerlichen Parteien, den Opfern der Klassen- und Parteijustiz durch eine politische Amnestie zu helfen.

Der bayerische Reichsratsbevollmächtigte v. Kufflein erklärte, daß von 1919 her in den bayerischen Gefängnissen oder Festungen niemand mehr sei. Nur in den Zuchthäusern seien noch etwa 15 Personen wegen des sogenannten Geiselmordes und wegen der Erschießungen in Wiesbad. Bayern erhebe gegen eine Amnestie Einspruch, welche auch die Urteile der Landesgerichte betreffe.

Reichsjustizminister Heugl erklärte, daß er seine ablehnende Meinung gegenüber den Amnestieanträgen bereits im Plenum mitgeteilt habe. Auf die vielen von Dr. Rosenfeld aufgeworfenen Fragen erwiderte er, daß ihm die Verhandlungen darüber keineswegs unangenehm seien. Die Reichsregierung habe die Anregung des Reichstages für die Gewährung von Landesamnestien mit der Bitte um wohlwollende Stellungnahme an die einzelnen Landesregierungen weitergegeben.

Wenn Thüringen dem nicht gefolgt sei, so werde gewiß die sozialdemokratische Fraktion im Thüringer Landtag das Mögliche tun.

Die Veränderungen der Kommunistischen Partei seien in der Öffentlichkeit noch nicht zum Ausdruck gekommen. Sie sollten erst in Wort und Tat von ihren Handlungen und Neuerungen im Jahre 1923 abrücken. (Widerruf Genosse Rosenfeld: Lesen Sie denn nicht die „Rote Fahne“?) Minister Heugl: Da habe ich das nicht gelesen. (Zwischenruf des Abg. Leut: Sie haben doch auch nicht ausdrücklich geschrieben, daß sie umgefallen seien. Heiterkeit.)

Abg. Barth von den Deutschnationalen lehnt jede Amnestie ab. (Zuruf links: Sie haben sie nicht mehr nötig!) Auch die von den Sozialdemokraten verlangten Widerungen würden seine Freunde nicht mitemachen. Der Amnestiefanatismus der Sozialdemokraten sei eine Revolutionskrankheit, die endlich überwunden werden müsse.

Gen. Landsberg:

Der Reichsjustizminister habe bedauerlicherweise zu der Frage nicht Stellung genommen, ob das Reich für eine Amnestie für Urteile der Gerichte der Länder zuständig sei. Diese Zuständigkeit könne nicht in Zweifel gezogen werden und sei auch von allen Justizministern, die bisher im Reich amtiert hätten, anerkannt worden. Ein Landesverrat, der in der Absicht der Schädigung des Landes befangen sei, verdiene selbstverständlich keine Gnade. Wenn der ehemalige deutschkonservative Abgeordnete Graf Oppersdorf, der sich darum bemüht habe, ganz Oberösterreich politisch zu machen, in die Hände der Justiz falle, so sei gegen eine schwere Beurteilung dieses Mannes nichts zu sagen. In den Fällen aber, in denen seine Freunde die Begnadigung sogenannter Landesverräter verlangten, handle es sich in Wirklichkeit um Fälle, in denen die Täter dem Lande dienen wollten.

Denn sie waren der Ueberzeugung, daß gewisse Vorgänge, die sie in der Öffentlichkeit bekanntgaben, eine Gefährdung der deutschen Republik bedeuten.

Eine Amnestie sei notwendig, weil das Gesetz vom Jahre 1923 die Rechte einseitig begünstigt habe. Man habe damals Zuchthausstrafen grundsätzlich ausgeschlossen, dabei aber das Gesetz so gefaßt, daß das Verfahren gegen Ehrhardt wegen Anstiftung zum Mord, das nur mit Zuchthausstrafe hätte ausgehen können, niedergeschlagen worden sei. Was dem Ehrhardt recht sei, müsse anderen billig sein, und das Gesetz müsse auf Zuchthausstrafen mindestens bis zur Dauer von zwei Jahren bei politischen Verbrechen in Anwendung kommen.

Besser sei eine Amnestie zugunsten derjenigen erforderlich, die auf Grund des § 86 Reichsstrafgesetzbuches wegen Hochverräterischen Unternehmens bestraft seien, denn der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches verzichte auf diesen Paragraphen und stehe infolgedessen auf dem Standpunkt, daß sein Inhalt mit dem allgemeinen Willen nicht übereinstimme.

Besser sei zum mindesten eine Amnestie erforderlich, die sich auf den § 7 Nr. 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik beziehe. Das Reichsgericht verurteile jeden Funktionär der SPD, dessen es habhaft werden könne, wegen Zugehörigkeit zu einer staatsfeindlichen geheimen Verbindung.

Diese Spruchpraxis sei politisch logisch und juristisch gleichbedeutend.

Es sei durchaus denkbar, daß Funktionäre der SPD, genügend Vernunft besäßen, um das Unzulässige der Verherrlichung der Gewalt zu erkennen und daß sie ein Parlament angenommen hätten, um die Anschuldigungen der SPD zu reformieren. Nach der Praxis des Reichsgerichts genüge gleichwohl die Tatsache, daß sie ein Parlament angenommen haben, um sich strafbar zu machen. Der Redner kündigte schließlich Coentulanträge seiner Fraktion für die nächste Sitzung an.

Der Kampf um den Mieterschutz.

Stellungnahme der Parteifunktionäre.

In einer Versammlung der Berliner Parteifunktionäre sprachen gestern Abend Landtagsabgeordneter Genosse Lüdemann und Landgerichtsrat Genosse Ruben über den Kampf um den Mieterschutz, die geplanten Mieterhöhungen und die Stellung der Sozialdemokratie dazu.

Genosse Lüdemann sprach zunächst davon, wie die Kosten der Rationalisierung die Arbeiterkraft tragen müsse, wie alle Versuche, die Lebenslage zu bessern, vom Unternehmertum brutal bekämpft werden, und wie zu dieser beinahe unhaltbaren Lage noch die geplanten Mieterhöhungen kommen sollen. In spätestens zwei, drei Wochen wird sich das neue „republikanische“ Reichsministerium mit dieser Frage beschäftigen, und dann werden wir sehen, was dabei herauskommt. Bei einer „freien Wohnungswirtschaft“, wie sie verlangt wird, würden sich die Wohnungsmieten enorm steigern, weil die Nachfrage das Angebot ganz gewaltig übersteigt.

Es fehlen in Deutschland rund 1 Million Wohnungen.

Deshalb ist die Aufhebung der Zwangswirtschaft unmöglich. Nun ist aber ihre Erhaltung abhängig von den politischen Mehrheitsverhältnissen. Da der Wohnungsbau heute bedeutend teurer ist als früher, so ist eben nur unter Zuhilfenahme öffentlicher Mittel der Wohnungsbau möglich. Diese öffentlichen Mittel kommen aus der Hauszinssteuer. Gegen jeden Versuch, sie zu befeuern, müssen wir Sozialdemokraten uns ganz energisch zur Wehr setzen. Und zwar deshalb, weil dabei nur der Grundbesitzer profitieren würde. Nach Berechnungen sind durch die Inflation etwa 21 Milliarden Hypothekengelder verloren gegangen. Bei einer Abschaffung der Hauszinssteuer würde kein Grundbesitzer etwa an eine Senkung der Mieten denken, sondern der Grundbesitzer wird die Mieten auf der alten Höhe belassen und damit nicht die enteigneten Hypothekengläubiger aufwerten, sondern das Geld selbst in die Tasche stecken.

Bei der Schaffung von Neuwohnungen ist Berlin noch immer am schlechtesten weggekommen. Im Jahre 1926 sind etwa 14 000 Wohnungen in Berlin entstanden; die Zahl der wohnungsbedürftigen Haushaltungen ist aber im gleichen Jahre um das Doppelte gestiegen. Deshalb ist der Berliner an der Erhaltung des Mieterschutzes besonders interessiert. Unsere Landtagsfraktion hat neuerdings ein Wohnungsbauprogramm aufgestellt, das den Neubau von 200 000 Wohnungen in Preußen vorsieht. Wie sich die Regierungen dazu stellen werden, wissen wir noch nicht.

Auf jeden Fall ist eine Erhöhung der Mieten für die große Masse untragbar.

Untragbar besonders im Hinblick der gegenwärtigen Erwerbslosigkeit und der niedrigen Löhne. Wohlfahrtsminister Hirtfelder war so optimistisch, zu glauben, daß eine Mietsteigerung automatisch auch Lohn erhöhungen im Gefolge haben würde. (Lachen im Saale.) Wir sind dieses naiven Glaubens nicht. (Sehr richtig!) Zu fordern ist vielmehr, daß die Erträge der Hauszinssteuer restlos für den Hausbau verwandt werden!

Genosse Lüdemann ging dann auf die bekannte Hirtfelder-Berordnung vom November vorigen Jahres ein. Wenn auch im Grunde genommen unter keinen Bedingungen von der Berordnung unberührt bleiben, so ist doch das Prinzip der Zwangswirtschaft gelockert worden, und gerade dagegen wenden wir uns mit aller Schärfe. Wir haben im Landtag sofort die Aufhebung der Berordnung verlangt, wobei sich ergab, daß nur die Kommunisten für unseren Antrag eintraten, der damit denn auch abgelehnt wurde. Als die Boden- und Gewerbesteuern mieter rebellisch wurden, erlebten wir einen Antragsturm der bürgerlichen Parteien zugunsten des Mieterschutzes. Sie konnten sich diese Demagogie leisten, weil — schon viel früher von diesen Leuten die Forderung und Aufhebung des Mieterschutzes verlangt wurde. Selbst die Wirtschaftspartei konnte feststellen, daß sie die Hirtfelder-Berordnung nicht verlangt habe —, sie war eben viel früher schon für die Aufhebung der Schutzmaßnahmen für alle Räume. So macht man in Demagogie! Dabei zeigt sich die Wirtschaftspartei als die charakterloseste Partei. Nur eine farblose Entschliebung blieb übrig, die das Inkrafttreten bis zum Herbst hinauschiebt.

Wenn im Landtag die Rechtsparteien sich für die „freie Wirtschaft“ erklärten — auch bei den Wohnungen —, so ist denn doch zu fragen, wo wir denn in Deutschland überhaupt eine freie Wirtschaft haben? Alles wird durch Kartelle, Trusts und Syndikate geregelt, der Rohstoffkauf sowohl wie der Verkauf des Fertigfabrikates. Deshalb sind die Interessen des

schaffenden Mittelstandes identisch mit denen der Arbeiter, Ingenieure und Beamten. (Lebhaftes Bravo!)

Der nächste Redner, Genosse Ruben, betonte, daß sich der Kampf um den Mieterschutz, um den Neubau von Wohnungen, um die Erhaltung der Zwangswirtschaft durchaus im Rahmen des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit abspiele. Wenn der Wohnungsbau nach Beseitigung der Zwangswirtschaft nach dem Willen der bürgerlichen Parteien vorgenommen wird, so ist mit einer so starken Steigerung der Mieten zu rechnen, daß die Löhne nicht nur nicht mithalten würden, sondern wir könnten auch, mit einer neuen Inflation rechnen. Auf jeden Fall kann auf einer prokapitalistischen Grundlage kein Wohnungsbau entstehen, weil sich der Wohnungsbau einfach nicht rentieren würde. Deshalb ist unsere

Forderung nach einem gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbau heute noch so aktuell wie früher. Genosse Ruben führte einige Beispiele von Wertsteigerungen der Grundstücke seit dem Erlaß der Hirtfelder-Berordnung an, ein Beweis dafür, wie solche Gesetzeshandlungen dem Kapital das Geld in den Saal schneit. Durch eine Aufhebung der Zwangswirtschaft würde unzweifelhaft der Eigenbau und der Widerstand der Hypothekengläubiger erweckt werden; sie würden eine Aufwertung ihrer Hypotheken verlangen und so dem Hausbesitzer und der freien Wohnungswirtschaft den finanziellen Erfolg streitig machen. So würde sich die Ideologie der Kapitalisten brechen an der Macht der wirtschaftlichen Tatsachen.

Die Hirtfelder-Berordnung hat die Wohnungswirtschaft nicht „freier“ gemacht, sondern sie hat in den Kreisen, die stets für die Freiheit der Wirtschaft eintraten, Widerstand, Eigenmut, Verwirrung, Proteste und Aufruhr hervorgerufen. Die dadurch geschaffene Lage können wir für die Propagierung unseres gemeinwirtschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Wohnungsprogramms ausnutzen. Im Kampf um die Beseitigung der Zwangswirtschaft spielt auch der Kampf um die Beseitigung der Wohnungsämter eine hervorragende Rolle: man brauche sie in der freien Wirtschaft nicht und die Beamten seien überflüssig. Dabei wird aber vergessen oder verschwiegen, daß schließlich den Wohnungsämtern doch auch die soziale Wohnungsfürsorge untersteht und auch dann untersteht muß, wenn alle bedürftigen Wohnungen haben. Es ist an der Zeit, daß wir Sozialdemokraten neben unserer Forderung nach einer gemeinwirtschaftlichen Wohnungspolitik die Forderung nach einem öffentlichen, sozialen Mietrecht erheben. Die Wohnung muß ihres Charakters als Ware entkleidet werden.

Der Kampf der Sozialdemokratie um den Mieterschutz ist nicht begründet in der Forderung nach der Erhaltung einer Zwangswirtschaft auf jeden Fall, er gründet sich vielmehr auf unseren Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaft, von der die Wohnungs- und Grundstückswirtschaft nur ein Teil ist. (Bravo!)

Der Vorsitzende, Genosse Künster, stellte aus der Reichstagsfraktion mit, daß die Fraktion einen Antrag vorbereite, nach dem das Sperrgesetz zum Finanzausgleich bis zum 31. März 1928 verlängert werden soll. Bei Annahme dieses Antrages dürften dann also die Mieten bis zu diesem Zeitpunkt nicht über 100 Proz. gesteigert werden. Darüber hinaus soll dafür gesorgt werden, daß der Ertrag der Hauszinssteuer auch restlos dem Wohnungsbau zugute kommt und nicht für soziale Zwecke verwendet wird.

Nach kurzer Diskussion, in der die Genossen Hingel, Adolf Hoffmann und Reiser sprachen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die in den Sophienjahren verarmten Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei erleben nachdrücklich Einspruch gegen die von der Reichsregierung geplante Erhöhung der Wohnungsmieten und die vom preußischen Wohlfahrtsminister eingeleitete Aufhebung des Mieterschutzes.“

Die unter der Ungunst des Arbeitsmarktes schwer leidenden Kreise der arbeitenden Bevölkerung können eine weitere Belastung ihrer durchweg zu niedrigen Löhne durch erhöhte Mieten nicht ertragen. Eine Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft kann erst in Betracht gezogen werden, wenn durch Neubauen der bestehenden Raumangel restlos ausgeglichen und durch ein soziales Wohnrecht der Schutz der Mieter vor der Willkür der Hausbesitzer sichergestellt ist. Zur Förderung der Neubautätigkeit ist in erster Linie eine Verbesserung der Hauszinssteuer und die Ruhbarmachung ihres gesamten Ertrages für den Wohnungsbau, ferner die Aufnahme von Anleihen ins Auge zu fassen.

Von dem preußischen Wohlfahrtsminister erwartet die Versammlung, daß er im Interesse der schwer bedrohten Handel- und Gewerbetreibenden seine Berordnung vom 11. November 1926 mit den Wünschen des Landtages in Einklang bringt.“

Der Kutschermord bei Eberswalde. 1000 Mark Belohnung!

Zur Aufklärung des Kutschermordes, der am Sonnabend Abend auf der Chaussee von Joachimsthal nach Golzow verübt wurde, hat der auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft Prenzlau von dem stellvertretenden Chef des Landeskriminalpolizeiamtes Berlin, Regierungsrat Schölk, entsandte Kriminalkommissar Trettin in Verbindung mit der Landjägererei gestern nachmittag die Ermittlungen aufgenommen.

Die Landjägererei hatte bereits eine Feststellung gemacht, die mit den bisherigen Angaben von Zeugen im Widerspruch steht. Zu den Leuten, die den schwerverletzten Kutscher verbanden, soll dieser gehört haben, daß er, als er sich auf einen Knoll umwandte, einen Mann mit grauer Mütze und dunklem Mantel gesehen habe, der hinter dem Wagen hergeschlichen sei. Das soll im freien Feld geschehen sein. Zwei Vorleser, die im Walde den Holzschlag beaufsichtigten, berichteten nun aber dem Landjäger und gestern auch Kommissar Trettin, daß sie zwei Mann auf dem Bierweg gesehen haben, und zwar im Walde, eine halbe Stunde von Joachimsthal entfernt, das Wesel um 7 Uhr abends allein verlassen hat. Wesel war ein gutmütiger Mensch, der gern Wanderer aufnahm, um sie ein Stück Weges auf seinem Wagen fahren zu lassen. Solch einen Wanderer mag er auch am Sonnabend kurz nach der Ausfahrt aus Joachimsthal getroffen haben. Wenn nun aber dieser Radfahrer den tödlichen Schlag abgeben hat, so ist es rätselhaft, daß er nicht die Geldtasche mit den 140 M. geraubt hat. Ob es sich um einen Fern- oder Nahschuß handelt, ist auch noch nicht festgestellt. Eine genaue Untersuchung der Kleidungsstücke wird darüber vielleicht bestimmte Auskunft geben. Die Stelle auf der Chaussee, an der der Schuß gefallen ist, steht auch noch nicht fest. Die Zeugen, die die Aufzeichnungen des Schwerverletzten gehört haben, weisen auf nicht weniger als drei verschiedene Stellen hin. Im Laufe des heutigen Tages werden alle drei Stellen mit Hilfe von Schallfindern unter Aufsicht der Lehrer und von Polizeibeamten nach dem Geschöß und der Patronenhülse abgefragt werden. Während der Ueberfalle nur von einem Knall gesprochen hatte, hat die Untersuchung des Wagens ergeben, daß zwei Schüsse gefallen sein müssen. Eine Kugel ist in die Rückwand des Wagens gegangen und hat ihn durchschlagen, sie kann aber den Kutscher nicht getroffen haben. Eine Durchsagung der Herberge in Joachimsthal hat für die Aufklärung keinen Anhalt geliefert. Bezeichnend für das Wesen des Erschossenen, der Vater von zwei Kindern aus erster Ehe und zum zweiten Male verheiratet war, ist seine Sorge um die ihm anvertrauten Pferde. Als man den Schwerverletzten vom Wagen in die Gastwirtschaft in Golzow trug, war sein erstes Wort: „Deckt meine Pferde zu, sie sind

nach gelaufen!“ Diese Bitte wiederholte er, sobald er nach dem Verbleiben aus der Ohnmacht erwachte. — Auf die Ergreifung des Mörders hat die Staatsanwaltschaft Prenzlau eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Selbstmord vor der Festnahme.

In der Kraftdroschke erschossen.

Ein ausgreifender Vorfall spielte sich heute normittag gegen 12 Uhr an der Ecke Schadowstraße und Unter den Linden ab. Ein Kaufmann B., der bei einer Berliner Elektrizitätsgesellschaft angestellt war, sollte an der eben bezeichneten Straßenecke aus der Kraftdroschke heraus verhaftet werden.

Noch bevor der Polizeibeamte zur Festnahme schreiten konnte, jagte sich B. eine Kugel in die Herzgegend. B. war bei einer Berliner Elektrizitätsgesellschaft angestellt. Vor einiger Zeit wurde ihm gefährlich. Heute normittag ergab er bei dem Personaldirektor, den er wegen seiner Entlassung zur Rede stellte. Im Verlauf der Unterredung, die sehr erregt verlief, soll B. plötzlich einen Revolver hervorgezogen haben, womit er den Direktor bedrohte. Durch das Hingutommen von Angestellten konnte ein Revolveranschlag verhindert werden. B. verließ fluchtartig das Gebäude und bestieg eine Kraftdroschke. Zwei Angestellte der Firma nahmen seine Verfolgung auf. An der Ecke Schadowstraße — Unter den Linden war der Fahrer durch das Verkehrszeichen zum Halten gezwungen. Die Verfolger veranlaßten den Verkehrspolizisten, B. festzunehmen. Als der Beamte den Wagenversatz öffnete, richtete der Anfall die Waffe auf ihn. Durch schnelles Zurückweichen konnte sich der Beamte aber in Sicherheit bringen. Im selben Augenblick trachte im Innern des Wagens ein Schuß. B. hatte sich eine Kugel in die Herzgegend gejagt. Bereits auf dem Wege zur Unfallklinik in der Siegestraße trat der Tod ein. Die Polizei ist noch mit der Klärung der mysteriösen Affäre beschäftigt.

Mittelfeuer in Oberschöneweide.

Ein größeres Feuer kam heute früh um 1/4 Uhr in den Städtischen Elektrizitätswerken, Abteilung Oberschöneweide, in der Wilhelmshofstr. 77/78 in Oberschöneweide zum Ausbruch. Zwischen den Fabrikgebäuden sind mehrere Schuppen, die einen Komplex für sich bilden. Der Kunde machende Wächter bemerkte Brandgeruch und entdeckte, daß ein 15 Meter langer Schuppen bereits lichterloh brannte. Die Feuerwehr rückte unter Leitung des Baurats Sauer mit mehreren Löschzügen herbei. Inzwischen hatte das Feuer auf einen anstehenden etwa 30 Meter langen Lager-Schuppen übergegriffen. Durch starkes Wassergeben aus vier Schlauchleitungen gelang es jedoch eine noch größere Ausdehnung zu verhindern. Starke Hitze und Qualm-entwicklung erschwerten die Löschaktion.

